Rechtsprechung

Arbeitsrecht

§§ 85 Abs. 2, 83 Abs. 2 AGB.

Ein Werk­tätiger kann sich nicht darauf berufen, daß er ohne sein Einverständnis nicht verpflichtet ist, eine vorübergehend übertragene Arbeit an einem anderen Ort auszuüben, wenn ihn der Betrieb durch entsprechende Maßnahmen so stellt wie bei der Ausübung der Arbeit am selben Ort (hier: kostenlose Beförderung, keine Veränderung des Beginns und des Endes der Arbeitszeit).

BG Dresden, Urteil vom 18. Oktober 1985 - BAB 136 85.

Die Klä­ger sind beim Ver­klagten im Fertigungsbereich M. als Tischler be­schäftigt. In der Zeit vom 20. bis 31. Mai 1985 be­stand für den ver­klagten Betrieb das Erfordernis, zur Erfül­lung unaufschiebbarer Exportaufgaben mehrere Werk­tätige aus dem in der Stadt M. gelegenen Fertigungsbereich im Fer­tigungsbereich der Stadt D. einzusetzen. Der Ver­klagte hatte ge­währleistet, daß diesen Werk­tätigen durch Einsatz eines betriebseigenen Fahrzeugs mit An- und Rückfahrt vom Ar­beitsort innerhalb der betrieblichen Arbeitszeit keine zusätz­lichen Aufwendungen bzw. Einkommensverluste entstehen. Da es die Klä­ger ablehnten, diesen Arbeitsauftrag zu erfül­len, wurde ihnen nach vorangegangenen Disziplinarverfahren am 22. Mai 1985 je ein Verweis erteilt.

Auf den dagegen gerichteten Einspruch hat das Kreis­gericht die den Klä­gern ausgesprochenen Verweise für rechts­unwirksam erklärt.

Das Kreisgericht ist bei seiner Entscheidung davon aus­gegangen, daß die den Klä­gern erteilte Weisung gemäß § 85 Abs. 2 AGB ohne ihr Einverständnis nicht zulässig ist und diese deshalb berechtigt unter Berufung auf § 83 Abs. 2 AGB die Ausföhrung dieser Weisung abgelehnt haben.

Gegen die Entscheidung des Kreisgerichts richtet sich die Berufung des Ver­klagten, die Erfolg hatte.

Aus der Begründung:

Die vorübergehende Übertragung einer anderen Arbeit ist un­ter Berücksichtigung der gesellschaftlichen und persönlichen Interessen in den in § 84 ff. AGB geregelten Ausnahmefällen zulässig. Sie ist grundsätzlich nicht zulässig, wenn persön­liche, gesellschaftlich anzuerkennende Interessen dem ent­gegenstehen. Unter diesem Anliegen ordnet sich die Bestim­mung des § 85 Abs. 2 AGB ein, wonach die Übertragung einer anderen Arbeit in einem Betriebsteil an einem anderen Ort nur mit Einverständnis des Werk­tätigen zulässig ist. Dem Werk­tätigen wird damit rechtlich garantiert, daß er nicht ent­gegen seinem Willen und der Vereinbarung im Arbeitsver­trag mit den mit einem anderen Arbeitsort verbundenen er­höhten Aufwendungen (längerer Arbeitsweg, Benutzung öf­fentlicher Verkehrsmittel, zusätzliche Fahrkosten oder even­tuelle Beeinträchtigungen bei der Ausübung von bestimmten Betreuungspflichten) belastet bzw. in Anspruch genommen wird.

Der Werk­tätige kann deshalb mit Recht unter Berufung auf § 83 Abs. 2 AGB eine derartige Weisung ablehnen, weil diese gegen seine anerkannten persönlichen Interessen ver­stoßen würde.

Wenn jedoch, wie im vorliegenden Fall, der Ver­klagte diese mit der Übertragung einer anderen Arbeit an einem an­deren Ort verbundenen Belastungen bzw. zusätzlichen Aufwen­dungen beseitigt, indem er die davon betroffenen Werk­tätigen innerhalb der betrieblichen Arbeitszeit mit betriebeigenem Fahrzeug zum Einsatzort hin- und zurückbefördert, so können sich die Klä­ger nicht mit Erfolg auf die Schutzbestim­mung des § 85 Abs. 2 AGB und ein daraus abzuleitendes Wei­sungsverweigerungsrecht berufen. Bei vorliegender Sachlage wurden vielmehr mit der ergangenen Weisung Pflichten be­gründet, die auch von den Klä­gern verlangt und erwartet werden konnten. Die Maßnahme des Ver­klagten, auf diese Pflichtverletzung mit einer Disziplinarmaßnahme zu reagie­ren, ist nicht zu beanstanden.

Die in Verkennung der Einheit von Rechten und Pflichten ergangene Entscheidung des Kreisgerichts war deshalb zu

korrigieren, und es war dem Antrag des Ver­klagten zu ent­sprechen.

Anmerkung:

Das Bezirksgericht hebt in der vorstehenden Entscheidung putreffend die Gründe hervor, warum die Bestimmungen des AGB über die vorübergehende Übertragung einer anderen Arbeit (§ 84 ff.) auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben und wes­halb hierbei gegen den Willen des Werk­tätigen insbesondere auch keine örtliche Ausweitung vorgenommen werden darf; denn mit einer vorübergehenden Übertragung einer anderen Arbeit in Form einer an einem anderen als dem vereinbarten Arbeitsort zu verrichtenden Tätigkeit (vgl. die Begriffsbestim­mung der „anderen Arbeit“ in § 84 Abs. 1 AGB) sind in der Regel längere Wegezeiten verbunden, die der Werk­tätige mit der Vereinbarung über den Arbeitsort im Arbeitsvertrag ge­rade vermeiden wollte. Daraus erklärt sich, daß der Werk­tätige nicht durch einseitige Weisung des Betriebes an einem anderen als dem vereinbarten Arbeitsort eingesetzt werden darf. „Arbeitsort“ und „Arbeit am selben Ort“ im Sinne der §§ 84 Abs. 1, 85 Abs. 1 AGB sind also nicht identisch, aber mit „demselben Ort“ ist nur das Territorium einer selbstän­digen politischen Einheit (Gemeinde, Stadt) gemeint, in dem der Werk­tätige arbeitet. In Verbindung mit der auf 4 Wochen im Kalenderjahr begrenzten Dauer der vorübergehenden Übertragung einer anderen Arbeit nach § 85 Abs. 1 AGB ist damit hinreichend Sorge getragen, daß die im Arbeitsvertrag notwendig zu treffenden Absprachen zwischen dem Betrieb und dem Werk­tätigen über die Arbeitsaufgabe und den Ar­beitsort nicht durch die vorübergehende Übertragung einer anderen Arbeit hin­fällig werden. Weisungen des Betriebes zur vorübergehenden Übertragung einer anderen Arbeit, die die zeitlichen und örtlichen Grenzen des § 85 Abs. 1 AGB (bzw. anderweit in Rahmenkollektivverträgen getroffenen Festle­gungen) sprengen, entsprechen nicht den Rechtsvorschriften. Der Werk­tätige kann mithin nicht mittels disziplinarischer Maßnahmen dazu veranlaßt werden.

Steht dazu die Entscheidung des Bezirksgerichts, die die Weigerung der Werk­tätigen, entsprechend einer betrieblichen Weisung zeitweilig eine andere Arbeit an einem anderen Ort auszuführen, dennoch als Disziplinverstoß wertete, nicht im Widerspruch? Nein, das ist unter den konkreten Bedingungen des vorliegenden Streitfalls nicht der Fall gewesen. Indem nämlich der Betrieb alle durch die vorübergehende Übertra­gung einer anderen Arbeit außerhalb des vereinbarten Ar­beitsortes an einem anderen Ort entstehenden zusätzlichen Belastungen der Werk­tätigen dadurch kompensierte, daß er ihnen ein betriebseigenes Fahrzeug zur Verfügung stellte und die anfallenden Fahrzeiten als Arbeitszeit bezahlte, ist das den Bestimmungen über die vorübergehende Übertragung einer anderen Arbeit zugrunde liegende soziale Anliegen in keiner Weise beeinträchtigt worden. Die Werk­tätigen haben wie bisher zu Beginn ihrer Arbeitszeit ihre Arbeit an dem mit ihnen vereinbarten Arbeitsort angetreten, und es war ge­sichert, daß sie nach Arbeitsschluß wieder von ihrem Arbeitsort aus den Heimweg antreten konnten. Bei dieser Sachlage war der Einwand der Werk­tätigen, nach § 85 Abs. 2 AGB nicht gegen ihren Willen verpflichtet zu sein, an einem anderen Ort zu arbeiten, sachlich nicht begründet. Ihre Weigerung folgte nicht aus sozial gerechtfertigten Gründen, denen mit den Bestimmungen der vorübergehenden Übertragung einer anderen Arbeit Rechnung getragen wird, sondern sie ent­sprach einer nicht zu billigen Haltung, mit der sie jegliches Verständnis für volkswirtschaftliche und betriebliche Erfordernisse vermissen ließen.

Andere Gründe, die der Ausübung der Arbeit an einem anderen Ort entgegengestanden hätten, wie beispielsweise der Gesundheitszustand, sind nicht vorgetragen worden und la­gen nicht vor. Wäre das der Fall gewesen, hätte geprüft wer­den müssen, ob aus diesen Gründen die Werk­tätigen gerecht­fertigt die Ausübung der Tätigkeit abgelehnt haben.

Die Entscheidung des Bezirksgerichts hat sichtbar gemacht, daß sich unter bestimmten konkreten Bedingungen die for-